

Luzerner Zeitung

Montag, 22. Januar 2018

AZ 6002 Luzern | Nr. 17 | Fr. 3.50 | € 4.- www.luzernerzeitung.ch



Durststrecke beendet
Lara Gut holt in Cortina
den ersten Sieg seit
einem Jahr. 25

Effekt der SVP-Initiative umstritten

Migration Auch beim Kontingentsystem
würde die Zuwanderung an der
Konjunktur ausgerichtet, sagt ein Experte.

Der Urnengang über die sogenannte Begrenzungs-Initiative dürfte die nächste grosse Schicksalsabstimmung der Schweiz werden. Das Volksbegehren, das die SVP letzte Woche lanciert hat, verlangt, dass das Abkommen über die Personenfreizügigkeit mit der Europäischen Union gekündigt wird – und stellt somit die ersten bilateralen Verträge mit der EU in Frage.

Ziel der SVP ist es, die Zuwanderung einzudämmen. Doch ob das bei einer Rückkehr zum alten Kontingentsystem, wie es der SVP vorschwebt, überhaupt gelingen würde, ist unsicher. Der Arbeitsmarktökonom George Sheldon sagt: «Die Zuwanderung war immer sehr stark von der Konjunktur abhängig.» Die Personenfreizügigkeit mit der EU, die ab 2002 schrittweise eingeführt wurde, hat laut Sheldons Untersuchungen keinen grossen Einfluss auf die Zuwanderung gehabt. «Der starke Anstieg hat Mitte der 1990er-Jahre eingesetzt – also noch unter dem alten Kontingentsystem», sagt der Ökonom. Die Wirtschaft befand sich damals im Aufschwung und brauchte mehr Arbeitnehmer.

Abkühlung durch Wegfall der Bilateralen I

Sheldon glaubt zwar, dass die Kündigung der Personenfreizügigkeit die Zuwanderung vorübergehend bremsen würde. Jedoch nicht wegen des Zuwanderungssystems. Dieses dürfte auch künftig auf die Wirtschaft ausgerichtet sein. Aber die Schweizer Konjunktur dürfte aufgrund des Wegfalls der Bilateralen I abkühlen, glaubt der Arbeitsmarktexperte. (red) 5

«Die
Zuwanderung
war immer
sehr stark
von der
Konjunktur
abhängig.»

George Sheldon
Arbeitsmarktökonom

Etappensieg für SPD-Spitze



Andrea Nahles

Martin Schulz

Malu Dreyer

Deutschland Die SPD-Führung um Parteichef Martin Schulz ist gestern am Parteitag in Bonn mit einem blauen Auge davongekommen. 56 Prozent der Delegierten stimmten für die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen mit der CDU. *Kommentar 6. Spalte 9* Bild: Kay Nietfeld/Keystone

Kommentar

Zerrissene Partei

Fast fünf Stunden haben sie debattiert, Parteichef Martin Schulz musste sich unschöne Kritik gefallen lassen. Am Ende stellte sich das Gros der Delegierten mit einer dünnen Mehrheit von 56 Prozent trotzdem hinter den Wunsch der Parteispitze: Ab heute kann die SPD mit der Union von Kanzlerin Merkel in Gespräche über eine künftige Regierung gehen. Das knappe Votum zeigt die Zerrissenheit der SPD. Lust auf ein neuerliches Regierungsbündnis mit CDU und der bayerischen CSU verspürt so gut wie niemand in der Partei. Zumal die Resultate aus den Vorgesprächen darauf schliessen lassen, dass von der künftigen Bundesregierung keine visionäre Politik zu erwarten ist.

Martin Schulz ist ein SPD-Chef auf Abruf. Noch vor weniger als einem Jahr mit 100 Prozent der Stimmen zum Parteivorsitzenden gewählt, legte er nach miesem Abschneiden bei den Bundestagswahlen einen Zickzackkurs hin. Gestern machte er vollmundige Versprechen, was die SPD in einer Koalition mit der Union alles durchsetzen werde – er lehnte sich so weit aus dem Fenster für das knappe Ja, dass er fast nur verlieren kann.

Die Delegierten haben Deutschland vor Neuwahlen mit ungewissem Ausgang bewahrt – zumindest vorerst. Die 440 000 Parteimitglieder können einer Koalition mit Merkel nach Studium des Koalitionsvertrages im März noch immer eine Abfuhr erteilen. Das Gespenst von Neuwahlen ist noch nicht verscheucht. Die SPD-Spitze muss gut verhandeln, um die Basis auf ihre Seite zu ziehen. Gestern waren es Delegierte, die knapp mit Ja votierten. Am Ende darf auch das einfache SPD-Mitglied Ja oder Nein stimmen. Weder Merkel noch Schulz haben ihre Regierungsposten darum auf sicher.



Christoph Reichmuth
christoph.reichmuth@luzernerzeitung.ch

Acht Männer im Hölloch gefangen

Muotathal Acht Männer sind seit dem frühen gestrigen Morgen im Hölloch in Muotathal eingeschlossen. Sie sind unverletzt. Die Gruppe war am Samstagmorgen auf eine Zwei-Tages-Biwak-Expedition ins Hölloch aufgebrochen. Wegen eines Wassereintruchs konnten sie gestern die Höhle nicht mehr verlassen, wie die Kantonspolizei Schwyz in einer Mitteilung schreibt. Die Deutschschweizer im Alter zwischen 25 und 55 Jahren befanden sich zurzeit in einem hochwassersicheren Biwak des Höllochs. (sda) 36

FDP will bei Majorzwahlen eine Hürde einbauen

Luzern Künftig sollen Kandidaten für einen Sitz im Regierungsrat und Ständerat nur dann in einem zweiten Wahlgang antreten dürfen, wenn sie in der ersten Auszählung mindestens 10 Prozent der Stimmen gemessen am absoluten Mehr erreicht haben. Diese Forderung stellt die Vitznauer FDP-Kantonsrätin Irene Keller in einer Motion auf.

Der Vorstoss ist pikant: Erst letzte Woche hat der amtierende FDP-Regierungsrat Robert Küng mitgeteilt, dass er bei den nächs-

ten Regierungsratswahlen im Frühjahr 2019 nicht mehr antreten werde. Will die FDP also eine neue Regel einführen, um komfortabler zu einem neuen Regierungsrat zu kommen? Irene Keller verneint diese Frage vehement. Sie habe ihren Vorstoss vor der Bekanntgabe des Verzichts von Küng verfasst.

Keller schätzt, dass der Kanton Luzern mit einem abgesagten zweiten Wahlgang zwischen 300 000 und 400 000 Franken sparen könnte. (avd) 16

Bevölkerung sagt Ja zu 38-Millionen-Projekt

Willisau Gestern stimmte die Willisauer Bevölkerung über das Generationenprojekt «Im Grund» ab. Das Resultat war eindeutig: 74 Prozent der gültigen Stimmen bejahten den Sonderkredit von 18,07 Millionen Franken, welche die Stadt Willisau zum Projekt beitragen will. «Damit ist auch das letzte Puzzleteil des Vorprojekts beisammen», sagte Stadtpräsidentin Erna Bieri. Bereits gut eine Woche zuvor hatte die katholische Kirchgemeinde ihren Teil des Kredits ab-

gesegnet, und auch die privaten Investoren der Lupe AG hatten ihren Betrag längst zugesichert. Geplant ist eine Überbauung mit 19 Eigentumswohnungen und 9 Kindergartenabteilungen.

Gehen keine Beschwerden gegen das Baubewilligungsverfahren ein, kann bereits im Ostermonat mit dem Rückbau des über 60-jährigen Pfarreisaals, der bestehenden Wohngebäude und des Kindergartens begonnen werden. Im Sommer 2020 sollen die Räume bezugsbereit sein. (jon) 17